

3666/AB XXI.GP

Eingelangt am: 22.05.2002

**BUNDESMINISTERIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT**

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3680/J betreffend "EU-Tourist klagt Salzburg, welche die Abgeordneten Mag. Johann Maier, und Genossen am 21. März 2002 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 8 der Anfrage:

Zur Verantwortlichkeit einer juristischen Person für eine allfällige Diskriminierungen von EU-Bürgern ist folgendes klarzustellen: Die Festung Hohensalzburg steht im Eigentum der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Die Nutzungsberechtigung an der Festung Hohensalzburg wurde im Bestandvertrag vom 20. Jänner 1953 dem Land Salzburg (vertreten durch die Salzburger Landesregierung) übertragen. Die Eintrittsgelder für die Außenbereiche der Festung werden seitens der Salzburger Burgen- und Schlösser Betriebsführung vertraglich festgelegt. Es handelt sich daher bei der gegenständlichen Preisgestaltung der Eintrittsgelder um keine Vollziehungsakte des Bundes.

Für die Privatwirtschaft gilt das Prinzip der Vertragsautonomie. Daher sind sogenannte Preisdiskriminierungen, also die ungleiche Behandlung von Kunden durch Verlangen verschiedener Preise für gleiche Waren oder Dienstleistungen, zulässig. Eine unterschiedliche Preisgestaltung gegenüber Verbrauchern ist beispielsweise auch durch Preisrabatte nach § 9a Abs. 2 Z 5 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 (UWG) zulässig. Dies gilt auch für den Bereich der Privatwirtschafts-

Verwaltung, in dem Bund oder die Länder Träger von Privatrechten sind und sich für ihr Handeln der Rechtsformen bedienen, die auch den Rechtsunterworfenen zur Verfügung stehen.

Der Gleichheitsgrundsatz bindet hinsichtlich der Frage einer gleichen Behandlung von Kunden (durch Verlangen gleicher Preise) nur Gesetzgebung und Vollziehung! Eine unmittelbare Geltung des Gleichheitsgrundsatzes auch im Privatrechtsverkehr ist aus dem positiven Verfassungsrecht nicht ableitbar.

Auf den vorliegenden Sachverhalt sind auch preisrechtliche Bestimmungen nicht anwendbar.

Im Rahmen der bilateralen Kontakte sind Fälle der genannten Art bisher nicht bekannt geworden.